



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Umwelt, Klima und
Energie -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 27. Juni 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-69-0024

Katzenschutzverordnung

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.04.2023 -
- Beschluss Nr. 41 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 02.05.2023 -

Tausende verwilderte Hauskatzen, aber auch Nachkommen unkastrierter Freigängerkatzen streunen durch viele Städte. Um dem entgegenzuwirken, ist 2017 die Katzenschutzverordnung für Wiesbaden beschlossen worden, die besagt, dass Freigängerkatzen ab fünf Monaten kastriert, gekennzeichnet und registriert sein müssen. Die Verordnung betrifft sowohl freilebende Katzen als auch Katzen, die in Haushalten leben und Freigang haben.

Die Arbeitsgruppe zur Verhütung von Katzennachwuchs e.V. (VKN) beklagt leider immer wieder Probleme bei der Um- und Durchsetzung der Katzenschutzverordnung. Immer noch gibt es zahlreiche unkastrierte Streunerkatzen in Wiesbaden, auch wenn der VKN bereits viele Katzen kastriert hat.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden kann durch die Umsetzung der Katzenschutzverordnung die Katzenpopulation langfristig kontrollieren und durch entsprechende Aufklärung zum Tierschutz beitragen.

Der Ausschuss Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, wie die Katzenschutzverordnung in Wiesbaden bisher umgesetzt worden ist.
2. zu berichten, wie sich die Zahl freilaufender unkastrierter Katzen seit der Einführung der Katzenschutzverordnung 2017 entwickelt hat.
3. zu berichten, wie sich der Gesundheitszustand freilaufender Katzen entwickelt hat.
4. zu berichten, ob es Beschwerden von Katzenbesitzern aber auch aus Tierheimen bzgl. der Katzenschutzverordnung gibt. Der Magistrat soll zeitnah in einen direkten Austausch mit dem Tierschutzverein, dem VKN und den Tierärzten gehen.
5. zu prüfen, inwiefern die Landeshauptstadt Wiesbaden die Tierschutzvereine und den VKN unterstützen kann, beispielsweise durch Aufklärungskampagnen.

Beschluss Nr. 0060

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2023

Ronny Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2023

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister